

Abwasserbeseitigung

Inhalt

1. Gesetzliche Grundlagen.....	2
1.1 Einführung	2
1.2 Benutzung von Gewässern/Abwassereinleitung	3
1.3 Bau und Betrieb von Anlagen.....	3
1.4 Überwachung.....	4
2. Innerbetriebliche Regelungen zum Wasserhaushaltsgesetz.....	4
2.1 Grundsätzliche Festlegungen.....	4
2.2 Sicherheitstechnischer Dienst/Umweltschutz	5
2.3 Fachbereiche	6
2.4 Anlagen bei der VGF	7
2.4.1. U-Bahnstation Hauptwache Frankfurt	7
2.4.2 Stadtbahnzentralwerkstatt.....	7
2.4.3 Omnibuswerkstatt Rebstock.....	8
2.4.4 Zentrale Werkstatt Infrastruktur (ZWI)	8

1. Gesetzliche Grundlagen

1.1 Einführung

Wasser als lebensnotwendiges Gut steht nicht unbeschränkt zur Verfügung und muss deshalb bewirtschaftet werden.

Der Gesetzgeber hat mit dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31.07.2009 das Rahmengesetz zur Bewirtschaftung der Gewässer geschaffen. Zu den Gewässern zählen die Binnengewässer, das Grundwasser und die Küstenmeere. Zur Durchführung des WHG wurden zahlreiche Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften erlassen.

Wichtigste Rechtsquellen für die Durchführung sind die Landeswassergesetze, so das Hessische Wassergesetz (HWG) in der Fassung vom 14.12.2010 und die kommunale Satzung über die Entwässerung der Stadt Frankfurt am Main.

Auswahl der gesetzlichen Vorschriften zum Wasserrecht bzw. zu indirekten Einleitungen gefährlicher Stoffe:

- Wasserhaushaltsgesetz (WHG)
- Abwasserherkunftsverordnung des Bundes
- Abwasser-Verwaltungsvorschrift des Bundes
- Hessisches Wassergesetz (HWG)
- Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserverordnung – AbwV)
- Indirekteinleiterverordnung
- Verwaltungsvorschrift zur Indirekteinleiterverordnung
- Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO)
- Kommunale Abwassersatzung der Stadt Frankfurt am Main

1.2 Benutzung von Gewässern/Abwassereinleitung

Eine Gewässerbenutzung, z.B. durch Abwassereinleitung oder Wasserentnahme, bedarf grundsätzlich einer behördlichen Erlaubnis. Dies trifft auch für die in den überwiegenden Fällen vorliegenden sog. unechten Benutzungen zu. Hierunter fällt z.B. das Lagern von wassergefährdenden Stoffen.

Grundsätzlich gibt es keinen Rechtsanspruch auf eine Gewässernutzung. In bestimmten Fällen ist die Erteilung einer Erlaubnis oder Bewilligung nur unter Auflagen, z.B. dem Einhalten von Grenzwerten zulässig und erfolgt nach Prüfung durch die zuständige Behörde. Durch den gesetzlichen Rahmen wird der Ermessensspielraum der Behörde vorgegeben. Eine Erlaubnis wird im Regelfall befristet erteilt und steht unter dem Vorbehalt nachträglicher Änderungen/ Umweltschutz in den Fachbereichen geführt.

1.3 Bau und Betrieb von Anlagen

Das WHG legt die Anforderungen an Bau und Betrieb von wasserwirtschaftlich bedeutsamen Anlagen fest. Im wesentlichen sind hiervon betroffen:

- Abwasseranlagen einschließlich Abwasserbehandlungsanlagen,
- Rohrleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe.

Sowohl für den Bau und Betrieb dieser Anlagen, als auch für Kanalbenutzungen (Indirekteinleitungen) ist eine wasserrechtliche Genehmigung erforderlich.

Von der wasserrechtlichen Genehmigung zu unterscheiden sind Genehmigungen nach anderen Rechtsvorschriften, so z. B. dem Immissionsschutzrecht oder dem Bau- bzw. dem Gewerbe-recht.

1.4 Überwachung

Zu unterscheiden sind,

- die **staatliche Überwachung** gemäß Landeswassergesetz und
- § 21 WHG mit den üblichen Sanktionsmöglichkeiten hoheitlicher Verwaltung (Verfügungen, Zwangsmaßnahmen) sowie
- die **Selbstüberwachung** gemäß Landeswasserrecht; niedergeschrieben in der Verordnung über die Eigenkontrolle von Abwasseranlagen (Abwassereigenkontrollverordnung - EKVO) zur Ergänzung und Entlastung der staatlichen Überwachung.

Anzuführen ist hier auch die Kommune, welche wasserwirtschaftliche Aufgaben wahrnimmt:

- als untere staatliche Wasserbehörde,
- als autonomer Selbstverwaltungsträger hinsichtlich Abwasserbeseitigung.

So besitzt die Entwässerungssatzung der Stadt Frankfurt am Main Rechtsnormqualität. Die Einhaltung der in dieser Satzung festgelegten Grenzwerte für Indirekteinleitungen werden vom Umweltamt der Stadt Frankfurt am Main überwacht.

2. Innerbetriebliche Regelungen zum Wasserhaushaltsgesetz

2.1 Grundsätzliche Festlegungen

Zwangsläufig werden auf allen Liegenschaften Indirekteinleitungen in das öffentliche Kanalnetz vorgenommen. Diese Einleitungen werden überwacht und werden bei Erfordernis über

- eine Abwasserbehandlungsanlage bzw.
- eine Abscheideanlage geleitet.

Grundsätzlich haben alle Anwender die Verpflichtung die gesetzlichen Anforderungen an den Gewässerschutz zu befolgen. Die Fachbereiche haben den Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz in Angelegenheiten des Gewässerschutzes zu beteiligen. Die Vorgehensweise, soweit sie hier nicht festgelegt wurde, ist einvernehmlich abzustimmen.

2.2 Sicherheitstechnischer Dienst/Umweltschutz

Der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz hat die Fachbereiche sowie alle Betriebsangehörigen, in Angelegenheiten die für den Gewässerschutz bedeutsam sein können, zu beraten.

Ein Schwerpunkt der Aufgabe besteht darin, auf die Einhaltung der Rechtsvorschriften hinzuwirken und die Festlegungen aus wasserrechtlichen Zulassungen zu überwachen. Hierzu gehören auch regelmäßige Kontrollen der Aufzeichnungen, z.B. der Betriebstagebücher und Überprüfungen der Abwässer auf Mengen und Inhaltsstoffe. Art und Umfang der Überwachung richten sich nach den betrieblichen Verhältnissen im Einzelfall.

Der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz wirkt hin auf die

- Auswahl geeigneter Abwasserbehandlungsverfahren,
- Entwicklung und Einführung innerbetrieblicher Vermeidungsverfahren,
- Einführung umweltfreundlicher Verfahren,
- sicherheitsorientierte Lagerung.

"Hinwirken" bedeutet in diesem Zusammenhang nicht nur entsprechende Konzepte vorzulegen, sondern sich auch für deren Realisierung einzusetzen.

Die Vertretung gegenüber außerbetrieblichen Institutionen bzw. Behörden obliegt dem Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz. Dieses beinhaltet auch die Erteilung von Auskünften und die Überstellung von Berichten an die Überwachungsbehörden.

Der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz soll das Umweltbewußtsein im Betrieb stärken. Dabei hat er die Betriebsangehörigen über mögliche Gewässerbelastungen und die zu ihrer Verhinderung getroffenen Maßnahmen aufzuklären. Es obliegt dabei im eigenen Ermessen, wie er seiner Aufklärungspflicht nachkommt.

Festgestellte Mängel sind der Geschäftsführung mitzuteilen und geeignete Maßnahmen zu ihrer Beseitigung vorzuschlagen. Unabhängig davon hat der Sicherheitstechnische

Umweltschutz bei der **VerkehrsGesellschaft Frankfurt am Main mbH**

Version 1.1

Ersteller: NA03

Stand: 16.01.2017

Copyright © VerkehrsGesellschaft Frankfurt am Main
(Nur für den internen Gebrauch)

Dienst/Umweltschutz der Geschäftsführung kontinuierlich über den betrieblichen Stand und die perspektivische Entwicklung im Gewässerschutz zu berichten.

Festgestellte Mängel sind der Geschäftsführung mitzuteilen und geeignete Maßnahmen zu ihrer Beseitigung vorzuschlagen. Unabhängig davon hat der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz der Geschäftsführung kontinuierlich über den betrieblichen Stand und die perspektivische Entwicklung im Gewässerschutz zu berichten.

2.3 Fachbereiche

Der Betrieb der Abwasseranlagen, die Bedienung, etc. gehören in die Zuständigkeit der betroffenen Fachbereiche.

Der Fachbereich hat sicherzustellen, dass alle Änderungen, Prüfungen und Überwachungstätigkeiten durchgeführt und dokumentiert werden. Dazu gehören auch die Führung entsprechender Lebensakten, die Bereitstellung aller Unterlagen und das Erstellen der Betriebstagebücher für die Abwasserbehandlungsanlagen.

Die Unterlagen für die Eigenkontrollberichte nach der EKVO sind dem Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz jeweils bis zum 15.02. für das vorangegangene Jahr zur Verfügung zu stellen.

Die Fachbereiche haben alle Anfragen bzw. Anforderungen von außerbetrieblichen Institutionen und Behörden dem Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz zuzuleiten. Nach Absprache wird das weitere Vorgehen festgelegt. Insbesondere bei außerbetrieblichen Kontrollmaßnahmen ist die vorstehende Stabsstelle unverzüglich zu unterrichten.

2.4 Anlagen bei der VGF

2.4.1. U-Bahnstation Hauptwache Frankfurt

Technische Daten zur Abwasservorbehandlungsanlage:

Typ:	Emulsionsspaltanlage
Bezeichnung:	Öko Pass-flot 2500
Hersteller:	Aco Passavant
Behandlungs-	
leistung:	max. 2,5 m³/h

Abwasserherkunftsbereiche:

Die Anlage dient zur Behandlung fetthaltiger Küchenabwässer aus diversen Betrieben (Restaurantbetriebe, Fleisch- und Wurstverkauf und Imbissverkaufsstände) der o. g. Liegenschaft.

2.4.2 Stadtbahnzentralwerkstatt

Technische Daten zur Abwasservorbehandlungsanlage:

Typ:	Emulsionsspaltanlage
Bezeichnung:	LUGAN 1500 R
Hersteller:	Buderus Guss, Wetzlar
Behandlungs-	
leistung:	max. 1000 l/h

Abwasserherkunftsbereiche:

Das zu behandelnde Abwasser stammt aus den Herkunftsbereichen Anhang 40 (Metallbearbeitung, Metallverarbeitung) und Anhang 49 (Mineralölhaltiges Abwasser) der Abwasserverordnung.

2.4.3 Omnibuswerkstadt Rebstock

Technische Daten zur Abwasservorbehandlungsanlage:

Typ:	Emulsionsspaltanlage
Bezeichnung:	Lugan L-1500
Hersteller:	Enviro-Chemie
Behandlungs-	
leistung:	1,5 m³/h

Abwasserherkunftsbereich:

Die Anlage dient zur Behandlung mineralöhlhaltiger Abwässer (Anhang 49) aus dem Werkstattbereich.

2.4.4 Zentrale Werkstatt Infrastruktur (ZWI)

Funktionsweise Vierkammergrube:

Bei der Anlage handelt es sich um eine Vierkammergrube. Die Funktionsweise der Schlammgrube bzw. Vier-Kammer-Grube beruht auf der Sedimentation und Filtration der im Abwasser enthaltenen Schmutz- und Schwebestoffe. Nach Einfüllen des Wassers aus den Reinigungsfahrzeugen in die Kippgrube kann sich der Schmutz absetzen (sedimentieren). Anschließend wird das Wasser über ein Gitter mit Kiesfüllung filtriert und fließt in die erste Absetzgrube. Dieses System wird über insgesamt vier Gruben beibehalten. Der Unterschied der Gruben liegt in der Bemessungsgröße und der eingesetzten Kiesfüllung. Das in der vierten Kammer angekommene Wasser wird mittels Saugpumpe über eine automatische Regelung in den Sandfang des nachgeschalteten Benzinabscheiders gepumpt. Über den Benzinabscheider, der als Sicherheitsabscheider eingebaut ist, fließt das vorgereinigte Wasser in den städtischen Kanal. Der zurückbleibende Straßenkehrriecht wird als Abfall entsorgt.

Abwasserherkunftsbereich:

Für die Schlammgrube hat die VGF eine abwasserrechtliche Genehmigung. Das Abwasser ist keinem Anhang der Abwasserverordnung zuzuordnen.

Umweltschutz bei der VerkehrsGesellschaft Frankfurt am Main mbH

Version 1.1

Ersteller: NA03

Stand: 16.01.2017

Copyright © VerkehrsGesellschaft Frankfurt am Main
(Nur für den internen Gebrauch)